

Das „C“ als
politisches Programm

Religion – eine Privatsache?

Norbert Lammert

Die gestellte Frage beantwortet sich von selbst: Ja, natürlich ist Religion Privatsache, von Anfang an, immer und zuallerletzt. Die spannenden Fragen beginnen freilich jenseits dieser Antwort:

Ist Religion *nur* Privatsache? Wen sonst als die einzelne Person geht die Religion etwas an? Den Staat, die Politik, die Parteien? Wer kann wem gegenüber Autorität beanspruchen? Der Staat gegenüber der Religion? Oder die Religion gegenüber dem Staat? Wie weit reicht der jeweilige Anspruch?

Auf keine dieser Fragen gibt es eine abschließende allgemeinverbindliche Antwort. Die hier angestellten Überlegungen und Argumente sind die Positionen eines politisch engagierten Christen, der seit über 35 Jahren einer Partei angehört, die das viel beschriebene Spannungsverhältnis zwischen Politik und Religion zu ihrem Programm gemacht hat.

„Solange man keine Politik treibt, ist es nicht schwer, gleichzeitig guter Christ und guter Staatsbürger zu sein.“ Dieser Kalenderspruch des französischen Publizisten Charles Péguy ist die prägnante Formulierung einer im politischen wie im kirchlichen Bereich weit verbreiteten Vermutung, das eine passe nicht wirklich zu dem anderen. Mit religiösen Ansprüchen ließe sich nicht ernsthaft Politik machen, und umgekehrt schlössen die Sachzwänge der Politik die Einhaltung christlicher Prinzipien beinahe aus.

Die Bemerkung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel auf dem Bundesparteitag in Hannover, dass das Religiöse in

Deutschland künftig wieder eine größere Rolle spielen werde, wird nach einer Meinungsumfrage im Auftrag des *Spiegels* von mehr als sechzig Prozent der Befragten nicht geteilt, nur ein Drittel stimmt ihr zu. Bei den Anhängern von SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen liegt die Ablehnung dieser Einschätzung noch deutlich höher, und selbst unter den Anhängern der CDU/CSU wird sie nur von 45 Prozent aller Befragten geteilt, von einer knappen Mehrheit dagegen abgelehnt (*Der Spiegel* vom 18. November 2002). Eine umfangreiche und sehr viel differenziertere Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu Religion und Politik bestätigt deren komplizierte Beziehung zueinander. Die Bevölkerung in Deutschland steht nach aktuellen Umfragedaten religiösen Grundeinstellungen grundsätzlich positiv gegenüber. Über zwei Drittel der Befragten finden es bedauerlich, dass „die alten Glaubenswahrheiten heute zu wenig Beachtung finden“. Zugleich ist die Mehrheit der Befragten aber gegen einen stärkeren Einfluss religiöser Überzeugungen auf politische Entscheidungen. Mehr als die Hälfte lehnen die Vorgabe, „es wäre besser für Deutschland, wenn mehr Menschen mit religiöser Überzeugung öffentliche Ämter innehätten“, ausdrücklich ab. 62 Prozent wollen nicht, dass die Kirchen Entscheidungen der Regierung beeinflussen, darunter auch die Anhänger der CDU/CSU mit einer ebenso hohen Ablehnungsquote.

Bemerkenswert sind die Einschätzungen zum „C“ in der Union. Nur 29 Prozent aller Befragten halten den Bezug auf das Christliche in der Union für einen Missbrauch, sechzig Prozent dagegen für einen selbst gewählten Anspruch, an dem sich die Partei messen lassen muss. Allerdings genügt die CDU/CSU diesem Anspruch aus der Sicht der Befragten oft nicht. Fast drei Viertel der Wähler insgesamt meinen, die Union setze christliche Wertvorstellungen nicht um. Selbst unter den Unionsanhängern vermissen 59 Prozent die Umsetzung christlicher Wertvorstellungen. Allerdings wünschen die gleichen Unionsanhänger mehrheitlich dennoch kein stärkeres Gewicht der Kirchen in der Partei: 49 Prozent sind dagegen, nur 45 Prozent dafür.

Angesichts dieser Einschätzungen und Erwartungen wird das Bekenntnis der Union zum „C“ als programmatische Basis ihrer politischen Arbeit noch weniger selbstverständlich, als es dies ohnehin ist. Tatsächlich hat nach Auffassung des renommierten Parteienforschers Franz Walter die Union „den Hegemonialkampf um das moderne Deutschland schon verloren“. Das „C“ trenne die Union von den säkularisierten, modernen Schichten und damit von kulturell prägenden Teilen der deutschen Mitte. „Das ‚C‘ hat die Partei in vielen kulturellen Fragen politisch einsam gemacht, da sich mittlerweile ganze bürgerliche Lebenswelten von den kirchlichen Moralvorstellungen abgekoppelt haben [...] Gewiss: Mit ihrem ‚C‘ könnte die CDU in der entideologisierten Welt zwar eindeutig und scharf prägen, aber eben nur in Minoritäten.“ (Franz Walter, *Sinnfrei und matt, die tageszeitung* vom 13. November 2002)

Es gehört längst zu den Gemeinplätzen der Parteiendiskussion, dass Wahlen selten durch Programme gewonnen werden und sich aus ethischen Grundsätzen und moralischen Prinzipien in der Regel keine konkreten Sachentscheidungen herleiten

lassen. Dennoch ist die Verständigung auf Grundlagen und Orientierungen des Handelns für die Politik ebenso unverzichtbar wie für gesellschaftliches Verhalten im Ganzen.

Wider die Selbstinszenierung von Macht

„Man kann nicht leben ohne einen Grund“, lässt der junge Existenzialist Albert Camus in seinem ebenso faszinierenden wie erschreckenden Bühnendebüt seinen Titelhelden Caligula sagen, den er als Personalisierung eines rücksichtslosen Lebens ohne Fundamente schildert. Man kann nicht handeln ohne Grund, man kann auch nicht regieren ohne Grund. Politik ohne festes Fundament und ohne verbindliche Orientierung ist die Selbstinszenierung von Macht. Politisches Handeln darf nicht allein auf Zweckmäßigkeitserüberlegungen bei wechselnden Tagesfragen reduziert werden. Insofern muss jede politische Partei als notwendige äußere Organisation politisch Interessierter und Handelnder drei Grundsatzfragen beantworten, die eine solche Identifikation ermöglichen:

1. Woher kommen wir?
2. Wofür stehen wir?
3. Wohin wollen wir?

Die erste Frage ist in der Regel am leichtesten zu beantworten, die letzte am schwierigsten. Voraussetzung ihrer Beantwortung ist die Klärung des eigenen Standortes. Das Grundsatzprogramm einer demokratischen Partei kann und will die Frage nicht beantworten, wie die Zukunft aussehen wird, aber es kann und muss die Orientierung und Prinzipien beschreiben, nach denen sie diese Zukunft gestalten will.

Das viel beschworene „C“ der Union ist zunächst historisch begründet; es hat sich in der Vergangenheit als geistige Klammer politischer Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Konfessionen und gesellschaftlicher Herkunft

bewährt. Im vereinten Deutschland hat diese ausdrückliche Standortbestimmung weniger als jemals zuvor die Aussicht auf eine spontane natürliche Mehrheit in einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft, in der nur noch eine Minderheit sich bewusst zu christlichen Glaubensüberzeugungen bekennt. Außerhalb und bisweilen auch innerhalb der Partei wird das „C“ nicht selten als Provokation empfunden, und auch in kirchlichen Kreisen wird das damit signalisierte Selbstverständnis nicht nur mit Wohlwollen betrachtet.

Die anspruchsvollste Orientierung

Die Berufung auf das „C“ ist also offensichtlich weniger ein modisches Attribut als eher ein mutiges Signal gegen den Zeitgeist – wenn die Partei es so ernst nimmt, wie es ernst genommen werden muss. Die Berufung auf das christliche Verständnis vom Menschen und der Schöpfung setzt einen Anspruch, der unaufgebbar und zugleich uneinlösbar ist. Ein solcher Anspruch gilt nämlich unbedingt, immer und unaufrechenbar und ist in vollem Umfang nie zu verwirklichen. Die eine wie die andere Konsequenz ist in aktuellen politischen Handlungsfeldern mit sehr grundsätzlicher Bedeutung wie der Bewahrung der Schöpfung, dem Schutz des ungeborenen Lebens, der Sicherung der Menschenwürde und Menschenrechte oder dem Anspruch auf Asyl für Verfolgte allzu deutlich zu erkennen. Politik ist immer verbindliches und zugleich vorläufiges Handeln.

Die Berufung auf christliche Glaubensüberzeugungen kommt jenseits aller politischen Sachfragen in drei Grundorientierungen zum Ausdruck:

1. In den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.
2. In den Grenzen des eigenen Handelns. Eine am „C“ orientierte Partei muss sich der Grenzen nicht nur des Könnens, sondern auch des Dürfens bewusst sein. Wir

Bischof Klaus Hemmerle (1930 † 1994) stand für ein aufgeschlossenes Verständnis der Beziehung zwischen Politik und Religion.*

Foto: Klaus Herzog



können nicht alles, was wir wollen, und wir dürfen nicht alles, was wir können.

3. In der Verantwortung für sich selbst und andere. Dieser Gedanke der Eigenwie der Fremdverantwortung versteht sich durchaus nicht von selbst und bleibt auch deshalb in der gesellschaftlichen Wirklichkeit ein viel beschworenes Postulat.

Die Anwendung dieser Orientierungen auf konkrete politische Sachverhalte führt keineswegs unmittelbar zu eindeutigen Lösungen anspruchsvoller Aufgaben und Herausforderungen. Die aktuellen Diskussionen über Krieg und Frieden, die Möglichkeiten und Grenzen moderner Wissenschaft und Medizin sowie über den offenkundigen Reformbedarf des Sozialstaates machen dies deutlich. Die Berufung auf das „C“ in ihrer Weltanschauung ersetzt also nicht das weitere Nachdenken über sachlich angemessene und ethisch verantwortbare Lösungen, aber sie gibt dem Denken Kategorien und Richtung. Es ist kein Konzept, sondern

eine allgemeine Orientierung, gewiss nicht die einzig mögliche, aber wahrscheinlich die anspruchsvollste.

Ein unauflösbares Spannungsverhältnis

Das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik, Glauben und Handeln ist nicht auflösbar – oder nur um den Preis der wechselseitigen Banalisierung. Politik ist aber nicht banal, ebenso wenig wie Religion. Dies erfordert immer wieder die Besinnung auf das Gemeinsame und das jeweils Besondere. Auf drei Besonderheiten sei hingewiesen:

Erstens: Der Glaube handelt von Wahrheiten, die nicht abstimmungsfähig sind; Politik handelt von Interessen, die nicht wahrheitsfähig sind. Allein dieser fundamentale Unterschied zwischen Wahrheiten und Mehrheiten, Prinzipien und Interessen definiert die spezifischen Aufgaben und Kompetenzen von Kirchen und Parteien, die weder aufgebbar noch austauschbar sind.

Zweitens: Die Kirchen halten zu Recht an Glaubenswahrheiten unabhängig von gesellschaftlicher Akzeptanz und Mehrheit fest. Sie verweigern zu Unrecht gelegentlich die Bereitschaft zum Kompromiss, wenn es um die Umsetzung eigener Überzeugungen in die gesellschaftliche Wirklichkeit geht, die regelmäßig Mehrheiten und deshalb meistens Kompromisse erfordern. Der Kompromiss ist gewissermaßen die demokratische Kardinaltugend.

„Weil sie (die Politiker) ihre Politik an Maßstäben orientieren, kann ihnen der Erfolg nicht alles sein. Weil es aber Politik ist, was sie an diesen Maßstäben orientieren, können eben diese Maßstäbe nicht alles sein; diese müssen ja zum Zuge kommen, umgesetzt werden, in gesellschaftliche und politische Wirklichkeit. Dann aber muss den Politikern an ihrer eigenen politischen Effizienz liegen. Gewiss wäre es fatal, wenn sie mit der Berufung auf

Grundsätze nur ihr Streben zum Erfolg verbrämen. Wäre es indes nicht auch fatal, wenn sie um der Reinheit ihrer Grundsätze willen darauf verzichteten, dass wenigstens etwas von diesen Grundsätzen, wenigstens das Erreichbare, Mögliche in die konkrete Gestalt der Gesellschaft eingeht?“ (Bischof Klaus Hemmerle, Aachen)

Die mehrfachen abwertenden öffentlichen Erklärungen des Kölner Kardinals Meißner zu den damaligen politisch-parlamentarischen Bemühungen zum Schutz des ungeborenen Lebens haben – wegen ihrer unbarmherzigen Verbindung von moralischem Rigorismus und politischer Ignoranz – manche politisch engagierte Christen als ähnlich empörend empfunden wie er umgekehrt ihr politisches Verhalten, zumal die Zustimmung zu der von ihm dogmatisch vertretenen Position unter den Katholiken selbst weit weniger geschlossen war als bei den Politikern, denen seine besondere Kritik gilt.

Die Frage muss erlaubt sein, ob die Kirche von der Politik und den Parteien etwas verlangen soll und darf, „was sie selber nicht ausreichend leistet“ (Werner Remmers). Die Initiative sozial und politisch engagierter katholischer Laien zum Schutz ungeborenen Lebens durch Gründung von „Donum vitae“ ist zur Verwirklichung christlicher Überzeugungen in der modernen Welt ganz sicher nicht weniger bedeutsam als der prinzipienstarke Ausstieg der Amtskirche aus der Schwangerenkonfliktberatung.

„Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich einander freigeben, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden. Impuls füreinander: Denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“ Es wäre zu schön, wenn dieses aufgeklärte Verständ-

nis von Politik und Religion des langjährigen geistlichen Beirats des Zentralkomitees der Katholiken und späteren Aachener Bischofs Klaus Hemmerle Gemeingut der katholischen Kirche geworden wäre. Die regelmäßigen Aufforderungen des Kölner Kardinals, die CDU möge endlich das „C“ aus ihrem Parteinamen streichen, machen deutlich, dass davon noch immer keine Rede sein kann.

Drittens: Kirchliche und politische Ämter sind in ihrem Wesen kaum miteinander vergleichbar, gleichwohl ist ihnen gemeinsam, dass die Amtsinhaber – wie die Öffentlichkeit – zwischen Person und Funktion unterscheiden müssen; die Person geht nicht im Amt auf, und die Verpflichtungen des Amtes reichen über die persönlichen Meinungen und Ansprüche hinaus. Ein Minister muss wie ein Bischof wissen, dass er in öffentlichen Erklärungen nicht nur seine persönlichen Auffassungen und Meinungen zum Ausdruck bringen kann, sondern damit immer auch die Institution in Anspruch nimmt, für die er handelt.

Die unvermeidbare Differenz zwischen Person und Amt verdient Respekt sowohl gegenüber dem Amt als auch gegenüber der jeweiligen Persönlichkeit, den Politiker gegenüber der Kirche und den die Kirchen gegenüber Politikern nicht immer aufbringen oder erkennen lassen.

Es bleibt schwierig. Gerade weil weder die Religion eine reine Privatangelegenheit ist noch die Politik, werden die wechselseitigen Erwartungen nie ganz aufgehen können. Es würde vielleicht einfacher, aber sicher nicht besser, wenn die Religion sich allein als Privatsache und nicht zugleich als öffentliche Orientierung verstünde. Ob es leicht wäre, ein guter Christ zu sein, „solange man nicht Politik treibt“ (Charles Péguy), mögen andere entscheiden. Ein guter Staatsbürger kann man nur sein, wenn man sich jenseits der privaten auch für die allgemeinen Angelegenheiten verantwortlich fühlt. Beides miteinander zu verbinden – Christ und Staatsbürger –, das ist die konkrete Verantwortung des Christen mitten in dieser Welt.

Die Einheit der Menschheit

„Die Suche nach der Einheit ist die Zukunftsaufgabe der Menschheit. Diese Beobachtung mag erstaunen: Geht es heute nicht vielmehr um die bedrängenden Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung?

Niemand kann diese Probleme ausklammern, aber wo wir uns um ihre Lösung mühen, zeigt sich, dass diese Themen im Kontext der Frage nach der Einheit stehen: Nur weil die Menschheit immer mehr eine Einheit wird, sind Fragen des Friedens, der Gerechtigkeit und des weltweit gemäßigten Umganges mit der Schöpfung aktuell.

Handelten wir diese Fragen nur in sich ab, ohne sie auf dem Boden der Frage nach der Einheit zu gründen, liefen wir Gefahr, kurzschlüssige und vordergründige Lösungen zu favorisieren.“

Klaus Hemmerle am 8. Juli 1988 in einem Vortrag an der RWTH Aachen aus Anlass seiner Ehrenpromotion